



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/267

15. November 1950

Hinweise
auf den Inhalt.

Zu den Wahlen in Württemberg-Baden	S.1
Der Vatikan und die Oder-Neiße-Grenze	S.3
Kostspielige Zersplitterung der Kompetenzen	S.4
"Europäische Armee"	S.5

Landtagswahlen in Württemberg - Baden

Von Erwin Schoettle, Stuttgart

Am gleichen Tag wie in Hessen gehen im Lande Württemberg-Baden die Wähler an die Urne, um einen neuen Landtag zu wählen. Bei den Wahlen von 1946 hat die SPD 32 von 100 Mandaten erhalten. Um den damaligen Schwierigkeiten und dem drohenden Chaos entgegenzuwirken, kam eine Regierung zustande, an der alle im Landtag vertretenen vier Parteien beteiligt waren. Ministerpräsident wurde der einzige Vertreter der Demokratischen Volkspartei (FDP) im Kabinett, Dr. Reinhold Meier, der schon an der Spitze der ersten von den Amerikanern ernannten Landesregierung gestanden hatte. Die Kommunisten schieden im Laufe der Amtsperiode aus, weil sich die Zusammenarbeit mit ihnen als unmöglich erwiesen hatte.

Die Leistungen der Regierung und des Landtags sind Angesichts der großen Schwierigkeiten und der starken Einwirkung der Besatzungsmächte recht respektabel. Die Sozialdemokratie stellte in der Regierung den Innenminister in der Person von Fritz Ulrich, den Wirtschaftsminister, Dr. Hermann Veit, und den Verkehrsminister, Otto Steinmayer. Ein viertes sozialdemokratisches Kabinettsmitglied, der Minister für politische Befreiung, schied aus, als die Entnazifizierung sich immer mehr als eine unerträgliche Belastung für die Partei und für die Person des Betroffenen erwiesen hatte.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hat unter der Führung des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers bereits wieder einen hohen Stand erreicht. Der Produktionsindex der württemberg-badischen Wirtschaft steht, gemessen am Jahre 1946, heute auf 120, der Beschäftigungs-

grad ist befriedigend, die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering, wobei der badische Landesteil etwas krisenanfälliger ist als der württembergische.

Ein schwieriges Gebiet ist die Kulturpolitik. Hier macht sich die Schwäche der sozialdemokratischen Position am deutlichsten bemerkbar. Die Probleme der Schulreform sind bis jetzt noch nicht gelöst worden. Die Schulgeldfreiheit war im Landtag hart umkämpft, ohne daß es zu einer endgültigen Entscheidung kam. Gerade hier wird die kommende Landtagsfraktion ein dankbares Feld für ihre Arbeit vorfinden. Erziehung und Ausbildung vom Geldbeutel der Eltern unabhängig zu machen, ist eine Forderung, auf die die Sozialdemokratie nicht verzichten kann und wird.

Fast während der ganzen Wahlperiode stand die Frage der staatlichen Neuordnung im südwestdeutschen Raume zur Debatte. Der Zusammenschluß von Nordwürttemberg mit Nordhaden am Beginn der neuen politischen Entwicklung hat sich als ein Fortschritt erwiesen, und nichts lag näher, als dass die südlichen Landesteile die erste Gelegenheit benützen würden, in einem größeren staatlichen Verband aufzugehen. Alle Bemühungen aber scheiterten an der Hartnäckigkeit des südbadischen Staatspräsidenten Wohleb und an der unklaren Haltung eines großen Teils der CDU. Die Frage wird den kommenden Landtag wahrscheinlich sehr bald wieder beschäftigen.

Der neue Landtag wird wieder 100 Abgeordnete haben. Aber neben den vier bisherigen Parteien bewirbt sich jetzt mit einiger Aussicht noch eine neue Partei, die sogenannte Deutsche Gemeinschaft - DHE, die bei den Bundestagswahlen rund eine Viertelmillion Stimmen erhalten hat. Man muß also damit rechnen, daß der prozentuale Anteil der Parteien, unabhängig vom Anteil an den Stimmen, durch das Auftauchen einer fünften Partei verändert wird. Die Wahlaussichten für die Sozialdemokratie sind nicht ungünstig. Mit ihrem Anteil an der Landespolitik und mit den Leistungen ihrer Vertreter in der Regierung kann sie sich sehen lassen. Die Resultate der Bundespolitik wirken auch auf unser Land zurück und spielen im Wahlkampf naturgemäß eine ebenso große Rolle wie die landespolitischen Fragen. In welchem Umfange es gelingen wird, die Wähler zu mobilisieren, wird erst der Wahltag zeigen. Die SPD geht trotz ihrer Regierungsbeteiligung mit freien Händen und ohne Bindung an Koalitionsabmachungen in den kommenden Landtag. Ihre Entscheidung über ihre Rolle in diesem neugewählten Parlament wird in erster Linie bestimmt werden durch die Kräfteverhältnisse und durch die realen Chancen, den sozialdemokratischen Standpunkt zu vertreten.

Der Vatikan und die Oder-Neiße-Grenze.

O.H. Die von Polen durchgesetzte "Anerkennung" der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze durch die Sowjetzonenregierung hat völkerrechtlich an dem bisherigen Status nichts geändert. Nach wie vor stehen Polen in diesen Gebieten auf Grund des Potsdamer Abkommens nur verwaltungsmäßige Befugnisse zu.

Einer der schwächsten Punkte der polnischen Position ist, daß auch der Vatikan diese Gebiete noch immer als zu Deutschland gehörend betrachtet. So werden in den halbamtlichen Veröffentlichungen des Vatikans die Bistümer Breslau und Danzig nach wie vor als deutsche Bistümer verzeichnet. Zwar ist die Kirchenverwaltung in jenen Gebieten längst von den Polen übernommen worden, die Errichtung ständiger Diözesen und Gemeinden ist jedoch bis jetzt unterblieben. Als sich Anfang dieses Jahres bei Verhandlungen der katholischen Kirche mit der Warschauer Regierung über die Regelung der kirchlichen Verhältnisse in Polen das polnische Episkopat um eine Neuordnung der Abgrenzung zwischen den deutschen und den polnischen Bistümern bemühte, trat im Gegenteil eine noch stärkere Zurückhaltung des Vatikans in der Grenzfrage ein. Infolgedessen konnten in dem am 14. April 1950 zwischen dem Episkopat und der Warschauer Regierung zustande gekommenen Abkommen keinerlei Vereinbarungen über eine Beendigung des Provisoriums in den Oder-Neiße-Gebieten getroffen werden.

Jetzt hat die Warschauer Regierung, die das kirchlichen Segens für ihren Raub nicht entbehren kann, dem Episkopat die ausdrückliche Forderung nach Beendigung des provisorischen Status in der Kirchenverwaltung in den "wiedergewonnenen" Gebieten übermittelt. Um dieser Forderung nach bewährter "volksdemokratischer" Manier den Charakter einer Massenaktion zu geben, werden gegenwärtig in ganz Polen entsprechende Versammlungen durchgeführt. Es ist bezeichnend, daß sich die niedere polnisch-katholische Geistlichkeit, sonst gegenüber Auflagen des kommunistischen Regimes sehr zurückhaltend, bei dieser Aktion recht willfährig erweist.

Aber den kommunistischen Drahtzieherntät ein sehr schwerwiegendes Hindernis in den Weg: Der Primas von Polen, Erzbischof Wyszyński, macht nicht mit. Als eine aus 30 Geistlichen des Bistums Breslau bestehende Abordnung beim Primas vorsprechen wollte, um ihm ein Schreiben mit der Forderung nach Errichtung selbständiger Bistümer im Oder-Neiße-Gebiet zu überreichen, weigerte sich Erzbischof Wyszyński, die Abordnung zu empfangen. Zweifellos hat der Primas an seine Verpflich-

tungen gegenüber Rom gedacht, als er sich auf diese Weise von der Aktion distanzierte.

Zweifellos lehnen sich große Teile der von jeher sehr national eingestellten polnisch-katholischen Geistlichkeit im Innern gegen diese Haltung des Erzbischofs auf, aber das ist es gerade, was die Warschauer Machthaber wollen. Man will mit diesem Manöver die katholische Kirche in eine heikle Lage bringen. Es ist sicher, daß der Vatikan seinen Standpunkt in der Frage der Bistumsgrenzen bis zur völkerrechtlich gültigen Regelung der deutsch-polnischen Grenzverhältnisse nicht ändern wird und die katholische Kirche Polens sich dieser Haltung des Vatikans fügen müssen, will sie sich nicht offen gegen Rom auflehnen. Die Warschauer aber haben damit für ihren Kampf gegen die Kirche zugkräftige Argumente in die Hand bekommen, die sich aus dem polnischen Gesichtspunkt der endgültigen Zugehörigkeit der Oder-Neiße-Gebiete zu Polen ergeben. Wie sich die Kirche dieses Angriffs erwehren wird, bleibt abzuwarten.

Ministerien auf zwei Gleisen.

H. Der Etat im Zeichen der zersplitterten Kompetenzen.

hg. Die Voraussagen einiger Budgetkritiker im Vorjahr, daß die oft überdimensionierten und vielfach überflüssigen Verwaltungsstellen des Bundes sich unbeschadet ihrer tatsächlichen Aufgabenstellung ausweiten würden, haben sich leider bewahrheitet. Diese Feststellung gilt für eine Reihe von Ministerien. Das seit Monaten hinter den Kulissen stattfindende Tauziehen um die Kompetenzen kommt besonders im Einzelplan des Bundeswirtschaftsministerium zum Ausdruck, dessen verantwortlicher Leiter es bisher verstanden hat, sich hartnäckig gegen eine Reihe seiner Kabinettskollegen zur Wehr zu setzen. Das Kabinett hat es bisher vermieden, die Zuständigkeitsfrage zu klären und so sind den wir beim Wirtschaftsministerium noch immer die folgenden Referate ausgewiesen, die eigentlich als herausgebrochene Abteilungen anderer klassischer Ministerien angesehen werden müssen: so für Fragen des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens, der Holzwirtschaft, der Berufsausbildung, der technischen Gewerbeaufsicht und des Schiffbaues, Referate, welche die Minister für Finanzen, Land- und Forstwirtschaft, Arbeit, Inneres und Verkehr in Anspruch nehmen sollten.

Ein ebenso treffendes Beispiel für die Aufgabenzerreißung in der Bundesverwaltung bietet das ERP-Ministerium, dessen Beamtenschaft

innerhalb eines Jahres bereits um 75% angestiegen ist. Dort gibt es z.B. für einen Aufgabenbereich zwei eigene Referate, die sich lediglich durch verschiedene Tirschilder unterscheiden. Während das Referat II/5 "Ausrichtung der Handelsverträge im Sinne des ERP" heißt, steht beim Referat II/6 die nicht alltägliche Firmierung einer ministeriellen Funktion "Außenhandelsmaßnahmen zur Schließung der Dollar-Lücke". Im Wirtschaftsministerium Prof. Ehrhards aber, der nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Handelsminister sein will, gibt es die Unterabteilung V/B und die wiederum trägt die Bezeichnung "Außenhandel mit dem Marshall-Plan-Raum". Das Bundesratsministeriums könnte die Beispiele über Kompetenzüberschneidungen mit den Ministern für Justiz, Inneres, dem Bundesrat und den Länderverwaltungen noch hinreichend ergänzen.

Zur Illustration des noch viel zu kostspieligen Verwaltungsapparates sei darauf verwiesen, daß z.B. der Rechnungshof des ehem. Deutschen Reiches einen Personalstand von 258 Kräften hatte. Die Ministerpräsidentenkonferenz hatte vor Gründung der Bundesrepublik für diese Behörde des Bundes 200 Arbeitskräfte vorgeschlagen. Heute aber ist der Bundesrechnungshof bereits bei 322 Arbeitskräften angelangt! Während das Reichswirtschaftsministerium 1931 über 372 besoldete Stellen verfügte, empfahl die Ministerpräsidentenkonferenz im Hinblick auf den geänderten Aufgabenbereich in dem kleineren Gebiet 650 Stellen. Aber die Frankfurter Wirtschaftsverwaltung hatte bereits 826 Stellen, die seit dem Bestehen des Bundes auf nicht weniger als 970 angestiegen sind. Nun beruft man sich gerne darauf, daß im Laufe des letzten Jahres schon ein Rückgang auf 859 Stellen eingetreten ist. Man muß jedoch ergänzen, daß diese zwar verringerte Kräftezahl fast eine halbe Million DM mehr an Besoldung erfordert, als die höhere Zahl im Vorjahr, weil man inzwischen aus Angestellten hochbesoldete Ministerialräte, Oberregierungs- räte usw. gemacht hat.

Auch Bundesfinanzminister Schäffer, dessen Personal im letzten Jahr von 403 auf 726 Kräfte - vornehmlich durch Übernahme der Aufgaben der Zolleitstellen und Einrichtung der Sonderabteilung für den Lastenausgleich - angestiegen ist, verfügt heute über rund 77% der Stellen, die 1938 das ehem. Reichsfinanzministerium mit einem mehr als doppelt so großen gebietmäßigen Wirkungsbereich besessen hat, wobei allerdings nicht verschwiegen werden soll, daß die Zahl der Aufgaben eine nicht unerhebliche Vermehrung erfahren hat.

"Europäische Armee"

P.R., Bonn, im November

Auf der Suche nach einem neuen Ideal hat nach dem Ende des Krieges kein Gedanke grössere Anziehungskraft, vor allem auf die jüngere Generation, gehabt, als der an ein geeintes Europa. Nicht an ein restauriertes Europa der alten verstaubten Art, viel weniger noch an ein Europa der "Neuordnung" Hitlerscher Trägung. Aber an ein Europa, dessen Bewohner vernünftig genug sein müssten, aus den Enttäuschungen über jene beiden anderen Formen etwas wirklich Brauchbares, Neues zu schaffen, was Bestand hat und seinen inneren Wert überzeugend in sich trägt.

Zu diesem ganzen Fragenkomplex ist viel geredet und einiges getan worden. Ein wichtiges Stück davon auf einem sehr speziellen Gebiet war im letzten Stadium der Gespräche der Vorschlag, eine europäische Armee zu bilden. Der kräftigste Lufer von internationaler Geltung war und ist hier Winston Churchill. Im gegenwärtigen Augenblick, bei der Beratung der Strassburger Empfehlungen in den Nationalstaaten und vor allem im Bundestag, stellt dieses Problem - neben der Stellungnahme zum Schumanplan - einen besonders unstrittenen Punkt dar. Die Vertreter der SPD enthielten sich in Strassburg in dieser Frage der Stimme. Sie haben ihre weitgehende Zurückhaltung seitdem nicht aufgegeben.

Die Organisation der Verteidigung der westlichen Welt hat inzwischen, d.h. seit jener Tagung im August, Fortschritte gemacht - grosse im Hinblick auf die traditionelle Schwerfälligkeit des demokratischen Apparates, beängstigend geringe im Hinblick auf die Stärke der Drohung aus dem Osten. Aber es führt in die Irre, wenn man glauben machen will, dass diesem unbehaglichen Zustand durch die Forderung des Gedankens einer europäischen Armee wirksam und schnell ein Ende gemacht werden kann. Was heisst denn "Europäische Armee"? In Strassburg wurde mit Zweidrittelmehrheit ein Antrag angenommen, dass diese Armee einem gemeinsamen europäischen Kriegsminister unterstellt werden soll, der einer europäischen parlamentarischen Kontrolle untersteht. Das bedeutet doch ganz offenbar nicht die Bildung einer Koalition von nationalstaatlichen Armeen, wie sie bei der Effektuierung von politischen Verträgen im Falle eines Krieges ohnehin entsteht, sondern vielmehr die Schaffung der Armee einer Art Staatenbundes oder Bundesstaates Europa, der noch gar nicht existiert und von dem wir

im Augenblick nur sehen, wie gross die Hindernisse sind, die seiner Verwirklichung entgegenstehen. In diesem Augenblick den Versuch zu machen, eine europäische Armee zu gründen, biesse, den zweiten Schritt vor dem ersten tun, nämlich vor der notwendigen Bildung einer funktionierenden politischen Gewalt für ein solches gemeinsames Europa. Durch das falsche Verfahren würde das ganze Projekt doppelt gefährdet.

Man hört in diesem Zusammenhang häufig den Einwand der Zeitnot, die es nicht erlaube, mit jener durchdachten Systematik vorzugehen, die sicher in normalen Zeiten das gegebene sei, an die man sich unter so ungewöhnlichen internationalen Gegebenheiten wie sie heute bestehen, aber nicht halten könne. Der Einwand ist nach unserer Auffassung nicht stichhaltig. Er wäre es nur dann, wenn die Schaffung einer solchen europäischen Armee, wie sie in Strassburg entworfen wurde, entscheidend und schnell militärische Vorteile gegenüber jeder anderen Form einer auf Gemeinsamkeit aufgebauten Verteidigung mit sich brächte. Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Vor allem aber muss die deutsche Einstellung zur Frage der europäischen Armee in unmittelbare Beziehung zur grundsätzlichen Haltung in der Frage des deutschen Wehr- und Rüstungsbeitrages gesehen werden. Diese grundsätzliche Haltung aber ist ja gerade am Mittwoch vor acht Tagen von Regierung und Opposition bezogen und begründet worden. Das Bekenntnis zum Gedanken der europäischen Integration bleibt von der weitgehenden Skepsis gegen alle voreiligen und nicht voll durchdachten Sonderpläne im Rahmen der europäischen Gesamtschau unberührt.

Nachrichten aus der Sowjetzone:

Wo lebt Stalin?

sp. In einem Schulungsabend in einer thüringischen Kleinstadt fragt der Genosse Referent: "Wo lebt der beste Freund aller Deutschen, unser Genosse Marschall Stalin?" Die Antworten lauteten: "In Moskau... in Russland... im Kreml..." Darauf der Referent: "Die Antworten sind wohl alle richtig, aber es gibt auf meine Frage doch nur eine Antwort: Unser heissgeliebter Marschall Stalin wohnt und lebt im Herzen aller Deutschen!"

Freundschaft mit Polen steuerfrei

sp. Auf Anweisung der Oberfinanzdirektion von Ostberlin muss allen Funktionären der "Deutsch-Polnischen Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft" ein besonderer steuerfreier Werbungskostenpauschbetrag gewährt werden.